



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Februar 2013

Neujahrsempfang der Bezirksfraktion am 20. Januar

Es war ein ungewöhnlicher Ort, zwischen Wilhelmsburg und Veddel und mitten im Industriegebiet. Nicht ganz leicht zu finden, einige hatten Probleme, aber mehr als 40 Menschen waren dann doch dabei. Und keiner dürfte es bereut haben, denn das Essen war vorzüglich, die Reden hielten sich in Grenzen und wunderbare lateinamerikanische Musik der Gruppe Aymarás gab es auch. Dank an Jorge für die Musik und die Vermittlung dieses Ortes.

Zum ersten Mal waren auch VertreterInnen unserer Konkurrenz in der Bezirksversammlung anwesend, zumindest von SPD und Grünen. Geschmeckt hat es auch ihnen, sagten sie jedenfalls. Und aus Harburg war für die dortige LINKSfraktion die frischgebackene Direktkandidatin zum Bundestag im Wahlkreis Bergedorf/Harburg/Wilhelmsburg **Sabine Bödinghaus** gekommen.



An der gedeckten Tafel bei Juventude do Minho am Stenzelring

Nur schade, dass von Ihrem Erfolg keiner wusste, deshalb an dieser Stelle nachträglich **herzlichen Glückwunsch** zur Wahl!

Redaktionsschluss für die März-Ausgabe:
Freitag, 01.03.2013

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipzig@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipzig, Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt

Neujahrsempfang	S. 1
Bezirksmitgliederversammlung	S. 2
Aymarás in Aktion	S. 2
Landesrat Linke Frauen	S. 3
Forderungen zum 8. März	S. 3
Wegfall der 3%-Hürde	S. 5
Termine/Kontakt	S. 6

*Beim nächsten Mal wieder mehr,
versprochen! – besel -*

Bezirksmitgliederversammlung:

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit möchte ich euch herzlich zur **Mitglieder-versammlung zur Wahl der Delegierten zur LandesvertreterInnenversammlung im Bezirk Hamburg-Mitte** einladen.

Die Versammlung findet
**am Samstag, den 16. Februar 2013
um 11:00 Uhr**

im Sitzungssaal der Abgeordnetengemeinschaft der Fraktion DIE LINKE in der Bürgerschaft
Bucceriusstr. 2, Haus am Domplatz, U-Bahn Rathausmarkt (auf Einladung der Abgeordneten Mehmet Yildiz und Tim Golke) statt.

Haupttagesordnungspunkt der Versammlung ist die Wahl der Delegierten zur LandesvertreterInnenversammlung im Bezirk Hamburg-Mitte. Diese dort gewählten Delegierten werden auf der LandesvertreterInnenversammlung am 6./7. April die Landesliste der LINKEN zur Bundestagswahl am 22. September wählen.

Stimmberechtigt auf dieser Versammlung sind alle Mitglieder der LINKEN, die in dem Bezirk Hamburg-Mitte wohnen und am Tag der Versammlung das Stimmrecht zur Bundestagswahl haben. Also stimmberechtigt sind nur deutsche StaatsbürgerInnen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Da wir dies im Rahmen der Mandatsprüfung überprüfen müssen, bitten wir euch auf jeden Fall einen gültigen Personalausweis oder einen Reisepass inkl. einer amtlichen Meldebestätigung mitzubringen. Mitglieder, die keines der beiden Dokumente mit zur Versammlung bringen können, können ausnahmsweise ihr Wahlrecht zum Bundestag durch eine eidesstattliche Versicherung belegen.

Sinnvoll ist es 30 bis 15 Minuten vor der Versammlung zu kommen, da die Mandatsprüfung bei Ver-

sammlungen zur Wahl von KandidatInnen erfahrungsgemäß länger dauert. Auf der Versammlung gilt die Wahlordnung der Partei DIE LINKE, die auf der Versammlung vorliegen wird. Ihr könnt sie auch auf der Website der LINKEN einsehen.

Den Vorschlag zur Tagesordnung findet ihr unten.

Mit solidarischen Grüßen


(Landesgeschäftsführer)

Tagesordnungsvorschlag

1. Begrüßung
2. Konstituierung
 - a. Wahl einer Versammlungsleitung
 - b. Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - c. Wahl eines Protokollführers/einer Protokollführerin
 - d. Bestimmung einer Geschäftsordnung
 - e. Beschluss zur Tagesordnung
3. Diskussion zur Wahlstrategie und Wahlprogramm der LINKEN zur Bundestagswahl
4. Wahl der Delegierten zur LandesvertreterInnenversammlung
 - a. ggf. Beschlüsse zur Wahlordnung
 - b. Vorstellung und Befragung der Bewerberinnen/der Bewerber
 - c. Wahlgang zur Sicherung der Mindestquotierung
 - d. Wahlgang zur für Männer und Frauen
5. Verschiedenes

Leider (oder wie so oft) kamen die Musiker auch beim Neujahrsempfang nicht so ganz zu ihrem Recht, der Lautstärkepegel im Saal war viel zu hoch. Deshalb hier noch mal ein Dokument ihres Auftritts.

Aber es ist natürlich auch erfreulich, dass die Gäste sich etwas zu sagen hatten ...



Presseerklärung DIE LINKE, Landesverband Hamburg

Die halbe Welt gehört uns! Frauenpower von links!

Am 16. Januar 2013 hat sich der **Landesrat LINKE Frauen** (LLF) in Hamburg begründet. Er will die Frauen in der LINKEN motivieren, sich für ihre Interessen einzusetzen. So wird er sich für frauenfreundlichere Strukturen und Arbeitsweisen in der LINKEN und die Umsetzung der feministischen Teile des Erfurter Parteiprogramms einsetzen. Ziel ist es, den Frauenanteil in der Partei signifikant zu erhöhen.

Christine Detamble-Voss, Landesvorstandsmitglied, sagt: „Frauen sind vielfach diskriminiert, weil die gesellschaftlich notwendige Arbeit immer noch zu ihren Lasten verteilt ist. Selbst wenn sie beruflich aktiv und erfolgreich sind, erledigen sie den Großteil der reproduktiven Arbeit. Das wirkt sich auch auf das Parteileben aus: Vielen Frauen, gerade jenen mit Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen, fällt es schwerer, Ämter anzunehmen. Sie können sich oft nicht engagieren, weil ihnen die Zeit dazu fehlt, weil sich die Männer dem immer noch weitgehend entziehen, weil Frauen überproportional alleinerziehend sind, weil die Arbeitszeiten oft die Vereinbarkeit von Familie und Ehrenamt unmöglich machen!“

Die neue frauenpolitische Struktur in der Partei DIE LINKE setzt sich auch für die Verwirklichung und Umsetzung des in Erfurt beschlossenen Parteiprogrammes ein. **Detamble-Voss**: „DIE LINKE sieht eine ihrer Wurzeln in den nationalen und internationalen Frauenbewegungen. Der Kampf um Mindestlöhne und einen Acht-Stunden-Tag, der Anfang des 20. Jahrhundert Hunderttausende Frauen mobilisierte, ist immer noch aktuell. Vollzeit arbei-

tende Frauen haben auch heute keinen Achtstundentag. Und dass sie immer noch ein Drittel weniger verdienen als Männer, ist eine bodenlose Frechheit. Wir brauchen deswegen gesetzliche Mindestlöhne und ein Verbot der Entgeltdiskriminierung. Wir sind für eine drastische Arbeitszeitverkürzung und werden uns dafür stark machen, dass sie wieder auf die Agenda der Gewerkschaften gesetzt wird.“

Einen weiteren Schwerpunkt setzen die Gründerinnen des LLF bei der Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen, auch durch parlamentarische Aktivitäten der Linksfraktion. **Kersten Artus**, frauenpolitische Sprecherin der Hamburger Bürgerschaftsfraktion sagt: „Gewalt gegen Frauen ist die brutalste Art, wie Männer Macht und Kontrolle ausüben. Wir werden dafür streiten, dass Opferschutz nicht nur eine Politik der Verwaltung von geschlagenen und misshandelten Frauen und Mädchen bedeutet, sondern auch deren Bekämpfung beinhaltet.“

Die Teilnehmerinnen der Gründungsversammlung betonen außerdem die internationale Solidarität. **Artus**: „Frauen auf der ganzen Welt sind Diskriminierungen ausgesetzt, die in den patriarchalen Fundamenten dieser Gesellschaft verankert sind. Wir kämpfen gegen Zwangsheirat, gegen Genitalbeschneidung. Jede Frau muss außerdem selbst entscheiden können, was sie trägt – auch auf dem Kopf. Wir verurteilen auch die Morde an drei kurdische Aktivistinnen in Paris und trauern mit den Angehörigen und FreundInnen.“

Landesrat Linke Frauen

DIE LINKE Hamburg

**Unsere Forderungen zum 8. März 2013:
Hamburgs Arbeitswelt feminisieren –
Frauen brauchen ökonomische Unabhängigkeit**
(Fassung vom 14. Januar 2013)

Frauenrechte sind Menschenrechte – doch werden Frauen nach wie vor in der patriarchalen Gesellschaft diskriminiert und durch strukturelle Unterdrückungsmechanismen daran gehindert, sich frei entfalten zu können. Hauptursache der Diskriminierung ist, dass es Frauen an ökonomischer Unabhängigkeit fehlt. Hamburgs Arbeitswelt muss daher drastisch feminisiert werden.

So, wie es ist, darf es nicht bleiben:

Der Arbeitsmarkt ist geschlechtsspezifisch gespalten: Die berufliche Realität von Frauen ist von

Chancenungleichheit und struktureller Diskriminierung geprägt. Der Gender Pay Gap beträgt anhaltend 23 Prozent. Daraus resultieren Benachteiligungen wie Altersarmut und Armut von Alleinerziehenden, Abhängigkeit vom Partner. Mit teils furchtbaren Folgen: Häusliche Gewalt ist für viele Frauen Alltag – sie können sich aber aufgrund fehlender Unabhängigkeit nicht daraus befreien.

Zwar steigen die Beschäftigungsquoten von Frauen, aber es findet lediglich eine Umverteilung des weiblichen Arbeitsvolumens statt. Tätigkeiten, die



vorwiegend durch Frauen ausgeübt werden, „Frauenberufe“ sind schlechter bewertet und demzufolge schlechter bezahlt als Tätigkeiten, die überwiegend durch Männer ausgeübt werden.

Die Geschlechterstereotypen greifen früh und prägen die Arbeits- und Lebenswelt von Frauen: In der Ausbildung greifen Mädchen und junge Frauen immer noch zu den Berufen, deren Ausübung ihnen später kaum wirtschaftliche Eigenständigkeit ermöglicht. Vorrangig von Frauen verrichtete Berufe sind im Regelfall schlechter bezahlt und bieten weniger *Entwicklungsmöglichkeiten*.

Frauen arbeiten zunehmend in Teilzeit und das ist selten freiwillig: Teilzeit beginnt mit der Familienphase durch die Verantwortung für Kinder und wird oftmals durch die für zu pflegende Angehörige fortgesetzt. Es ist Realität, dass Teilzeitarbeitsplätze nicht in Vollzeitarbeitsplätze zurückverwandelt werden, weil die Betriebe sie zur Rationalisierung genutzt haben. Selbst Familienernährerinnen arbeiten nur zur Hälfte Vollzeit.

Mehr als zweidrittel der Beschäftigten im Niedriglohsektor sind Frauen. Leiharbeit, Befristungen und 400 Euro-Jobs aber verhindern berufliche Weiterentwicklung: Die Lebensverhältnisse bleiben prekär. Der immer noch fehlende gesetzliche Mindestlohn forciert die Verhältnisse. Branchenbezogene Mindestlöhne gelten bislang nur in sehr wenigen typischen „Frauenbranchen“ und sind dort noch einmal niedriger als in den meisten „Männerbranchen“.

Auch staatliche Konjunkturprogramme haben fast ausschließlich die „Männerbranchen“ gestützt

Die interkulturelle Entwicklung der Mehrheitsgesellschaft verläuft verhalten. Rassistische Ressentiments wirken weiterhin. Sie wirken auch geschlechtsspezifisch auf Frauen, zum Beispiel bei der diskriminierenden Kopftuchdebatte. Für Mädchen aus MigrantInnenfamilien wirkt sich das oft traditionelle Rollenverständnis erheblich aus: Ihre Erwerbsorientierung ist gering. Sie haben oft keinen Berufsabschluss.

Die Gesellschaft hat es bislang versäumt, Inklusion so zu gestalten, dass Behinderung als Merkmal eines Menschen keine Relevanz mehr hat. Alle müssen die Möglichkeit erhalten, sich vollständig und gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen – und zwar von Anfang an und unabhängig von individuellen Fähigkeiten, ethnischer wie sozialer Herkunft, Geschlecht oder Alter. Auch hier erleben wir die doppelte Diskriminierung: Behinderte Frauen und Mädchen erhalten noch schlechter einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz als Männer mit körperlichen und geistigen Einschränkungen.

In Hamburg endeten durch die im letzten Herbst ersatzlos gestrichenen Ein-Euro-Jobs zielgruppenspezifische Angebote für von Armut betroffene Frauen. Die Chance wurde vom SPD-Senat *verteilt*, die bisher geleistete Arbeit in den sozialen Projekten mit sozialversicherungspflichtigen und auskömmlichen Stellen wiederherzustellen und hierbei insbesondere Arbeitsplätze für Frauen zu schaffen.

Was es bislang gibt und was geplant ist, reicht uns nicht aus

Um der ökonomischen Diskriminierung von Frauen zu begegnen, wäre ein umfassendes Aktionsprogramm mit nachhaltiger Ausrichtung zu entwickeln und zügig umzusetzen. Unsere Bürgerschaftsfraktion hat hierzu einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht. Dieser wurde unter großer Beachtung von allen Fraktionen diskutiert und mit der Mehrheit der Bürgerschaft in Teilen angenommen. Das reicht aber nicht aus.

Wir wollen nicht warten, bis der SPD-Senat ein gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm veröffentlicht, das unter dem Diktat der Schuldenbremse vermutlich mehr unverbindliche Absichtserklärungen mit wohl klingenden Worten beinhalten wird als konkrete Maßnahmen zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit. Hamburgs Frauen brauchen vielmehr Arbeitsplätze mit auskömmlicher Entlohnung insbesondere für Erwerbslose, prekär Beschäftigte, Alleinerziehende, Migrantinnen, Frauen mit Familienaufgaben, Wiedereinsteigerinnen, Schülerinnen, Studierende und Frauen mit Behinderungen. Auf allen Ebenen in der Privatwirtschaft und den Behörden muss der Diskriminierung und den Defiziten systematisch und abrechenbar begegnet werden.

Gute Arbeit für Frauen schaffen – das muss konkret geschehen:

Konkrete Maßnahmen können beispielhaft die Erleichterung des Übergangs von Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigung, Förderung von Existenzgründung und Selbstständigkeit von Frauen, Förderung der beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten und Aufstiegschancen von Frauen, Förderung der Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Frauen und deren familienfreundliche Ausstattung, Abbau der Hemmnisse beim Berufseinstieg und Wiedereinstieg sein, *Abbau unberechtigt befristeter Verträge*. Es sind u.a. die bereits vorhandenen Masterpläne – Handwerk und Industrie – entsprechend zu überarbeiten und verbindliche Ziele mit Handels- und Handwerkskammer zu definieren. Insbesondere die Behebung von Fachkräftemangel ist unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten zu betrachten.

Hamburg übergreifend sind Maßnahmen, die dazu beitragen, die ökonomische Diskriminierung von Frauen zu beseitigen, an geeigneter Stelle – auf Bundesebene und gegenüber den Sozialpartnern – offensiv zu vertreten: Beispielhaft seien hier die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, die Höherbewertung und Bezahlung „typisch weiblicher“ Tätigkeiten und die Abschaffung des Sonderstatus' von Minijobs genannt.

Im öffentlichen Dienst ist eine gezielte Förderung des Übergangs in besser bezahlte Tätigkeiten für Frauen sowie die Beendigung von Teilzeitarbeitsverhältnissen anzustreben, wenn dies erwünscht wird. Leiharbeit muss verboten und Mindestlöhne in Höhe von anfangs zehn Euro eingeführt werden. Eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich ist unsere Antwort auf die von der SPD angekündigte und von CDU, FDP und Grünen unterstützte Schrumpfung des Öffentlichen Dienstes.

Projekte, die benachteiligten Frauen zu Gute kommen und die durch die Streichung von Arbeitsgelegenheiten ihre Arbeit reduzieren oder einstellen mussten oder demnächst müssen, können durch die Bereitstellung von ausreichend Mitteln für sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten weiterarbeiten.

Hamburg hat einschlägige Kompetenzen, die dringend gebündelt und miteinander vernetzt werden müssen: Das Fachwissen aller arbeitsmarkt-, wirtschafts-, bildungs- und gleichstellungspolitischen Akteure und Akteurinnen kann hierfür genutzt werden, auch das der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, ProFem, des Landesfrauenrats und seiner Mitgliedsverbände. Auch familienunterstüt-

zende Infrastrukturen müssen sinnvoll vernetzt werden.

Wir streiten solidarisch für ein besseres Leben und sind selbst aktiv dafür

Wir streiten solidarisch mit allen, die sich für ein besseres Leben einsetzen: Viele Arbeitskämpfe haben in den letzten Jahren in den Branchen stattgefunden, in denen vorwiegend Frauen tätig sind: KITAS, Diakonie, Gesundheitswesen. Hieran gilt es anzuknüpfen. Auch für Frauen gilt: Sie müssen sich selbst befreien, selbst für ein besseres Leben in für ihre Unabhängigkeit streiten. Die Organisation der Interessen ist hierbei unabdingbare Voraussetzung. Die Mitglieder der Partei DIE LINKE unterstützen daher Streiks durch aktive Mitgliedschaft in den Gewerkschaften und beteiligen sich an Arbeitsniederlegungen. Sie werben massiv dafür unter den Frauen, sich gewerkschaftlich zu organisieren und sich in Tarifkommissionen zu engagieren und sind auch selbst darin tätig. Auch für erwerbslose Frauen, Schülerinnen und Studierende sind die Gewerkschaften ein Ort, in der sie ihre Interessen deutlich machen müssen – sie können ihre Zukunft dadurch mitgestalten, dass sie frühzeitig den Klassenkampf lernen.

DIE LINKE wird in den kommenden Monaten und Jahren die Frauendiskriminierung durch die ökonomischen Verhältnisse fortwährend thematisieren und zu einem der Schwerpunkte ihrer Politik in Hamburg machen. Dies wird in Publikationen, Anträgen und Aktionen sowie auf Mitgliederversammlungen in den Bezirken verwirklicht. Hierbei nehmen wir die Männer selbstverständlich mit – denn die Welt lässt sich nur gemeinsam verändern. Wird die Gesellschaft feministischer, geht es *allen*, auch den Männern, besser.

Nächste Bezirksversammlungswahlen 2014 ohne Drei-Prozent-Hürde

Bei den Wahlen zur nächsten Bezirksversammlung im Sommer 2014 wird es eine Neuerung geben: Die bisher geltende Drei-Prozent-Sperrklausel für den Einzug ins Bezirksparlament ist dann Vergangenheit. Im Januar 2013 gab das Hamburgische Verfassungsgericht bekannt, dass die Sperrklausel mit dem Grundsatz der Stimm- und Chancengleichheit unvereinbar sei. Zukünftig erhält im Bezirk Mitte mit 51 Abgeordneten jede Partei oder jedeR EinzelbewerberIn einen Sitz, dem/der es gelingt, knapp 2 % der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich zu vereinigen.

Bernhard Stietz-Leipnitz, Fraktionsvorsitzender der Bezirksfraktion DIE LINKE: „Wir sehen die neue Regelung als Schritt in die richtige Richtung, da auch kleinere Parteien die Chance bekommen, kommunalpolitisch aktiv zu sein. Allerdings sehen wir auch die Gefahr eines Einzugs rechtsextremistischer Parteien in die Bezirksversammlung. Umso

wichtiger wird es für uns alle sein, für eine hohe Wahlbeteiligung zu kämpfen.“

Viel entscheidender als der Wegfall der Drei-Prozent-Klausel ist auf dem Weg zur Stärkung der Bezirksparlamente aus Sicht der LINKEN allerdings die Forderung nach dem Wegfall des Evokationsrechts durch den Senat und die Ausstattung der Bezirke mit eigenen Haushalten. Bernhard Stietz-Leipnitz: „Im Gegensatz zu einigen kürzlich gefallenen Äußerungen in den Medien sehen wir die Bezirksversammlung keinesfalls als ‚parlamentarische Spielwiese‘ an. Wir sind am nächsten dran an den Menschen vor Ort und wir beschäftigen uns mit grundsätzlichen Fragen und Problemen. Es wird Zeit, dass wir ein vollwertiges Kommunalparlament werden!“

Sandra Clemens

Termine in (und für) Mitte

Montag, 04.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Fraktionsbüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Dienstag, 12.02., 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 12.02., 20:00 Uhr

Treffen der Finkenlinken,
in den „Baustellen“, Sandhöhe 11

Samstag, 16.02., 11:00 Uhr

Bezirksmitgliederversammlung
zur Wahl der Delegierten zur Landesvertreter-
Innenversammlung zur Aufstellung der
BundestagskandidatInnen

Montag, 18.02., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Fraktionsbüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 20.02., 19:00 Uhr:

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Mittwoch, 20.02. 19:30 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg
Statteilbüro, Hansaplatz 9

Donnerstag, 21.02., 17:30 Uhr

Öffentliche Sitzung der **Bezirksversammlung**
Sitzungssaal, Klosterwall 4, 1. Stock

März

Samstag, 02.03. (genaueres folgt)

Regionalkonferenz zur Wahlprogrammdebatte

Montag, 04.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Fraktionsbüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Dienstag, 12.03., 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 12.03., 20:00 Uhr (evtl. früher!)

Treffen der Finkenlinken,
in den „Baustellen“, Sandhöhe 11

Montag, 18.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Fraktionsbüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 20. 03, 19:00 Uhr

Wahl des Direktkandidaten zur Bundestags-
wahl 2013 auf einer Mitgliederversammlung,
anschließend offene Delegiertenberatung zum
Landesparteitag

?? Mittwoch, 20.03, 19:00 Uhr:

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

?? Mittwoch, 20.03., 19:30 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg
Ort: Statteilbüro, Hansaplatz 9

**Die Terminkollision am 20.3. muss noch berei-
nigt werden.**

*Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite
der Partei: www.die-linke-hamburg.de*

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

	Telefon	Mail
Verena Brachvogel	040 439 77 01	verena.brachvogel@die-linke-hamburg-mitte.de
Stefan (Teddy) Dührkop	015112944471	stefan.duehrkop@die-linke-hamburg-mitte.de
Volker Honold (Schatzmeister)	040 280 35 82	volker.honold@die-linke-hamburg-mitte.de
Jan-Peter Klöckner		jan-peter.kloekner@die-linke-hamburg-mitte.de
Martin Wittmaack	040 389 21 64	martin.wittmaack@die-linke-hamburg-mitte.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
<i>nachrichtlich:</i>		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur Mittenmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto: DIE LINKE. BV Hamburg-Mitte, Konto 852 539 206, Postbank Hamburg BLZ 200 100 20